

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung
am Mittwoch, dem 17.05.2023, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:36 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zur Umsetzung der Digitalisierung von Dokumenten in der Verwaltung (erneute Behandlung im Digitalisierungsausschuss) 051/2023/1	5
3.	Entscheidung über eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2024 zum Abschluss der Maßnahmen am Paul-Spiegel-Berufskolleg Warendorf im Rahmen des DigitalPaktes 096/2023	6
4.	Stand "Digitales Baugenehmigungsverfahren" 108/2023	7
5.	Sachstandsbericht Glasfaserausbau im Kreis Warendorf / Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Graue Flecken) 112/2023	9
6.	Digitalisierungsstrategie: Umsetzungsstatus von Maßnahmen 199/2022/1	10
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	

Anlagen:

Anlage 1: Präsentation zu TOP 4: Stand "Digitales Baugenehmigungsverfahren"

Anlage 2: Präsentation zu TOP 5: Sachstandsbericht Glasfaserausbau im Kreis Warendorf / Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Graue Flecken)

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Berkhoff, Henrich	
Claßen, Anne	
Drewer, Nick	
Heringloh-Poll, Norbert	
Husmann, Marian	
Hütig, Frank	
Kleene-Erke, Andrea	
Koch, Karsten	
Kühnel, Andreas	
Marx, Burkhard	
Niedostadek, Oliver, Dr.	
Nienkemper, Dorothea	Vertretung für Herrn Gette
Schmedding, Josef	
Schubert, David	
Starke, Dennis	Vertretung für Herrn Westerwalbesloh
Turner, Hedwig	
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Funke, Stefan, Dr.	
Hinrichs, Jens	
Huber, Kathrin	
Hübscher, Ralf	
Küppers, Jens	
Niebrügge, Stephan	
Peitz, Sigurd	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Gette, Eugen

Hollenhorst, Elisabeth K.

Kleibolde, Bernhard

vor dem Gentschenfelde, Xenia

Westerwalbesloh, Florian

I. Öffentlicher Teil

Herr Koch, SPD, begrüßt als Ausschussvorsitzender alle Mitglieder des Ausschusses für Digitalisierung.

Er stellt fest, dass zu der Sitzung mit Einladung vom 05.05.2023 form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Herr Koch stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Koch begrüßt Herrn Küppers als neuen stellvertretenden Amtsleiter des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung im Ausschuss.

Er stellt die Tagesordnung vor, zu der es keine Einwände gibt.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin/ kein Einwohner zu Wort.

2.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zur Umsetzung der Digitalisierung von Dokumenten in der Verwaltung (erneute Behandlung im Digitalisierungsausschuss)	051/2023/1
----	--	-------------------

Herr Koch, SPD, ruft den zweiten Tagesordnungspunkt auf. Es handelt sich hierbei um den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion, der bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses vorlag. Herr Gette, FWG, bat in der vergangenen Sitzung um eine Vertagung der Abstimmung.

Frau Nienkemper, FWG, erläutert, dass die FWG die Digitalisierung in der Kreisverwaltung spüren möchte. Aus dem Sachstandsbericht von November 2022 gehe nicht hervor, welche Formulare nicht digitalisiert werden könnten.

Dr. Funke verweist auf den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW. In dem Prüfbericht wird der Stand der Digitalisierung auch hinsichtlich der Formulare beim Kreis Warendorf als „gut“ bewertet. Der Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand der Digitalisierung vom Kreis Warendorf wurde dem Ausschuss im November 2022 mit einer entsprechenden Liste vorgelegt. Seitdem wurden in der Verwaltung noch 16 weitere Antragsassistenten eingeführt und 25 andere seien zurzeit in Bearbeitung. Die Umgestaltung werde weiter fortgeführt, benötige aber Zeit, da einige Formulare nicht so schnell digitalisiert werden können. Hier gibt es Hürden, wie z. B. eine gesetzlich geforderte Unterschrift.

Frau Nienkemper zieht den Antrag nach den Ausführungen von Dr. Funke zurück.

Abstimmungsergebnis: Antrag zurückgezogen

3.	Entscheidung über eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2024 zum Abschluss der Maßnahmen am Paul-Spiegel-Berufskolleg Warendorf im Rahmen des DigitalPaktes	096/2023
-----------	--	-----------------

Herr Koch, SPD, ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf und fragt, ob es Einwände gegen die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung gibt.

Herr Hütig, AfD, fragt nach, ob die bereitgestellten Mittel an einer anderen Stelle fehlen würden.

Dr. Funke erläutert, dass für den Erwerb von Flächen für Flächenausgleich insgesamt eine Verpflichtungsermächtigung für 2024 in Höhe von 500 T € zur Verfügung steht. Die Verwaltung kann bei einer Verpflichtungsermächtigung bereits Aufträge vergeben, die erst im folgenden Jahr zahlungswirksam werden. In diesem und kommenden Jahr stehen noch genügend Mittel für diese Investition zur Verfügung.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Inv.Nr. 20.12.003 „DigitalPakt: Netzwerkinfrastruktur div. Schulen“ i. H. v. 300.000 € für das Haushaltsjahr 2024 wird gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt.

Die Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2024 der Inv.Nr. 22.66.016 „Erwerb von Flächen für den Flächenausgleich“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Stand "Digitales Baugenehmigungsverfahren"**108/2023**

Herr Peitz berichtet anhand der beigefügten Präsentation (s. Anlage 1) zu dem aktuellen Stand im digitalen Baugenehmigungsverfahren.

Es wurden bereits 25 digitale Bauanträge über das Bauportal eingereicht. Dies sei noch nicht viel, liege aber daran, dass die Kommunikationsplattform (zweiter Baustein des Modellprojektes) fehle. Das Bauamt des Kreises Warendorf testet zurzeit komplett digital. Auch die erste digitale Baugenehmigung wurde bereits erteilt.

Der Kreis Warendorf ist die erste Modellkommune für den Testlauf der Kommunikationsplattform. Hier sind noch weitere neue Modellkommunen dazugekommen.

Derzeit müssen die Unterlagen mit Genehmigungserteilung noch ausgedruckt werden, da die Vorschriften in der Bauordnung NRW noch die Schriftform vorgeben. Das Gesetz soll überarbeitet werden. Die Verwaltung hat einige Vorschläge an den Gesetzgeber weitergeleitet. Es sollte, nach Ansicht von Herrn Peitz, eine praktikablere Vorgehensweise einführen.

Frau Kleene-Erke, SPD, fragt nach, warum die Anträge weiterhin ausgedruckt werden müssen, da es sicherlich auch digital umsetzbar wäre. Darüber hinaus fragt sie zur Kommunikationsplattform nach, wo die Bürgerinnen und Bürger den aktuellen Stand ihrer Anträge abfragen können.

Herr Peitz erläutert, dass die Beteiligten eines Bauantrages in der Testversion der Kommunikationsplattform momentan noch keinen detaillierten Stand abrufen können. Der Kreis Warendorf hat Vorschläge zur Verbesserung der Darstellung eingereicht. Ziel sei es zu erkennen, wie weit ein Antrag bearbeitet wurde und welche Schritte folgen. Die Kommunikationsplattform soll einen Teil des Workflows abbilden. Der interne Workflow sei darüber hinaus sehr komplex.

Die aktuellen Regelungen der Bauordnung NRW ermöglichen auch eine digitale Signatur. Hierfür ist eine Signierkarte und ein entsprechendes Lesegerät erforderlich. Die Signatur ist allerdings nur drei Jahre gültig. Man müsste die digitale Signatur nach Ablauf der Gültigkeit wieder erneuern. Es bedarf einer einfacheren Regelung. So seien die Dokumente beim Kreis Warendorf z. B. über das DMS revisionssicher abgelegt und eindeutig identifizierbar. Die digitale Bereitstellung und Abholung einer Baugenehmigung könne wiederum mit Nutzung der Kommunikationsplattform dokumentiert werden. Dabei kann der Datenschutz sichergestellt werden.

Frau Nienkemper, FWG, fragt nach, warum bei dem Modellprojekt noch weitere neue Modellkommunen dazugekommen sind.

Herr Peitz erklärt, dass der Kreis Warendorf die einzige Modellkommune ist, die sowohl am ersten als auch am zweiten Baustein des Projektes teilnimmt. Die neuen Kommunen nehmen nur am zweiten Abschnitt teil.

Herr Kühnel, CDU, fragt, ob es einen Austausch zwischen den Beteiligten des Modellprojektes gibt.

Herr Peitz gibt an, dass es einen regelmäßigen Austausch gibt. Der zweite Abschnitt habe gerade erst begonnen, daher befindet sich die Arbeit noch in der Anfangsphase.

Herr Dr. Niedostadek, FDP, fragt an, warum die Umsetzung des Projektes sich verzögert.

Herr Peitz erklärt, dass viele komplexe Faktoren die Umsetzung aufhalten. Zum einen fehle Personal auch bei den Firmen, die die Umsetzung technisch realisieren. Eine besondere Herausforderung liegt im Projektanspruch, Informationen aus den Anträgen über Schnittstellen medienbruchfrei über den Standard XBau weiter zu leiten. Auch die Adressierung und

Verschlüsselung der Daten ist sicher zu stellen. Und schließlich gehen jährlich bei der Kreisverwaltung zwischen 800 und 1.000 Bauanträge ein. Hierzu fehle mit der Kommunikationsplattform noch das Verteilungsmedium. Die Entwicklung sei kleinschrittig, aber so bleibt es überschaubar.

Frau Tarner, B90/GRÜNE, möchte die Verbesserungsvorschläge der Verwaltung zur Bauordnung NRW erhalten, da sie auf Landesebene an der Gesetzesänderung mitwirken kann.

Herr Koch, SPD, fragt nach ob es sich bei der von Herrn Peitz vorgestellten Lösung um eine landesweite Lösung handelt.

Herr Peitz erläutert, dass es in NRW neben der Lösung des Modellprojektes unterschiedliche Lösungen geben wird. Die im Modellprojekt erarbeitete Lösung ist aber nicht nur für den Kreis Warendorf, sondern kann von allen anderen Bauaufsichtsbehörden übernommen werden. Die Landesregierung möchte, dass sich viele Kommunen einheitlich anschließen und wird die Kommunikationsplattform voraussichtlich kostenfrei anbieten.

Herr Husmann, B90/GRÜNE, fragt nach, ob jedes EfA-Produkt nur übernommen oder auch angepasst wird.

Herr Peitz erklärt, dass die Kommunikationsplattform aus Mecklenburg-Vorpommern an die landesrechtlichen Anforderungen der BauO NRW angepasst werden muss und in der Testphase weiter verbessert wird.

Beschlussvorschlag: Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.	Sachstandsbericht Glasfaserausbau im Kreis Warendorf / Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Graue Flecken)	112/2023
-----------	---	-----------------

Herr Hübscher berichtet anhand der beigefügten Präsentation (s. Anlage 2) zum Glasfaserausbau im Kreis Warendorf.

Die Tiefbaumaßnahmen im Kreis Warendorf sind zu 80 % abgeschlossen. Insgesamt wurde bereits eine Strecke von 2.005 km gebaut. Die Anschlussquote im Glasfaserausbau liegt im Durchschnitt bei 64 % (Stand April 2023). Das Förderprogramm sieht ein Upgrade vor, wodurch „hellgraue Adressen“ (max. 100 Mbit/s) in den laufenden Ausbau hinzugenommen werden können. Durch das Upgrade sei mit Bauzeitverlängerungen zu rechnen.

Herr Hübscher berichtet zur Graue-Flecken-Förderung (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0). Diese wurde am 31. März 2023 veröffentlicht. Der Kreis Warendorf möchte schnellstmöglich einen Förderantrag stellen. Bei diesem Förderprogramm bleibt der Anteil der Bundesförderung bei 50 %. Der Anteil der Finanzierung des Landes könnte sinken, sodass der Kreis Warendorf einen höheren Eigenanteil zu tragen hätte. Die Kofinanzierungsrichtlinie des Landes NRW wurde noch nicht veröffentlicht. Sollte der Kreis Warendorf die Graue-Flecken-Förderung erhalten, könnte der Ausbau ab 2025 starten.

Herr Berkhoff, CDU, fragt nach, wie viele Adressen in Prozent beim Glasfaserausbau bisher nicht berücksichtigt werden konnten und demzufolge als graue Flecken gelten würden.

Herr Hübscher gibt an, dass er den Anteil auf etwa 2 bis 5 % schätzt. Die genaue Zahl hängt maßgeblich vom Ergebnis der laufenden Markterkundung ab.

Herr Husmann, B90/GRÜNE, fragt nach, ob der Ausbau in Telgte noch in diesem Jahr fortgeführt wird.

Herr Hübscher erläutert, dass der Glasfaserausbau in Telgte gestoppt wurde, da das beauftragte Subunternehmen keine gute Bauqualität vorbringen konnte. Bei den Bauarbeiten wurden wiederholt Mängel festgestellt. Im Juni soll der Ausbau fortgeführt werden. Dies erfordert eine Verlängerung bis Mitte 2024. Der Kreis Warendorf wird bei Fördergeber einen Änderungsantrag stellen. Die Bauzeitverlängerung sei nicht fördermittelschädlich.

Beschlussvorschlag: Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6.	Digitalisierungsstrategie: Umsetzungsstatus von Maßnahmen	199/2022/1
-----------	--	-------------------

Herr Koch, SPD, ruft den letzten Tagesordnungspunkt auf. Die Mitglieder des Ausschusses sollen in dieser Sitzung die Möglichkeit erhalten, sich zum Sachstandsbericht vom November 2022 zum Umsetzungsstatus der Digitalisierungsstrategie zu äußern und Fragen zu stellen.

Zunächst wird der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12. Mai 2023 thematisiert.

Dr. Funke erläutert, dass der Antrag aufgrund des Dateiformates vom Spamfilter der Verwaltung aufgefangen wurde. Dieser sei von Freitag, 12. Mai 2023, konnte aber erst am Montag von den Mitarbeitern der IT gesichtet werden. Daher wurde der Antrag erst am 15. Mai 2023, zwei Tage vor der Sitzung des Ausschusses, nachgesendet.

Frau Kleene-Erke, SPD, merkt an, dass so ein mehrteiliger Antrag erst in den Fraktionen besprochen werden muss. Diese Möglichkeit hatten die Fraktionen vor der Sitzung nicht.

Herr Berkhoff, CDU, führt aus, dass in der heutigen Zeit das Thema rund um künstliche Intelligenz sehr wichtig sei, daher sollte der Antrag schnell vorangebracht werden.

Der Antrag soll in dieser Sitzung nicht beschlossen werden. Dieser wird zunächst dem Kreistag vorgelegt zur Verweisung an den nächsten Digitalisierungsausschuss.

Dr. Funke berichtet über die Fortschritte der Verwaltung zum Sachstandsbericht. Das Gesundheitsamt soll im Rahmen des ÖGD-Förderprogrammes einen Chat-BOT erhalten. Dieser soll im Serviceportal integriert werden, damit Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen über Chat beantwortet bekommen. Die Fördermittel stehen hierfür bereits zu Verfügung. Darüber hinaus soll ein Voice-BOT eingeführt werden. Dies soll projektweise im Straßenverkehrsbe-
reich erfolgen. Anruferinnen und Anrufer erhalten am Telefon von einem intelligenten System die Antworten auf ihre Fragen. Sollten die Fragen nicht beantwortet werden können, wird das Telefonat an eine Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter der Verwaltung weitergeleitet.

Der Kreis Warendorf und die kreisangehörigen Kommunen tauschen sich derzeit darüber aus, Digitalisierung und Smart City Projekte zukünftig abzustimmen. Ziel soll es sein, den Kreis Warendorf mit seinen Städten und Gemeinden zu einer vernetzten „Smart Region Kreis Warendorf“ zu gestalten.

Die Verwaltung hat die bisherigen Verbesserungsvorschläge zum Sachstandsbericht aufgenommen und wird künftig eine Ampel-Darstellung ergänzen.

Herr Husmann, B90/GRÜNE, fragt nach, ob eine Prozessoptimierung der einzelnen Prozesse stattfindet, bevor sie digitalisiert werden. Darüber hinaus fragt er nach, ob in der Kreisverwaltung bereits Algorithmen im Einsatz sind.

Herr Berkhoff, CDU, gibt an, dass Bürgerinnen und Bürger nicht gut genug zum Thema IT-Sicherheit informiert sind. Viele seien verunsichert. Die Allgemeinheit müsse mehr informiert werden. Er fragt nach, ob es bereits entsprechende Programme gibt.

Frau Nienkemper, FWG, merkt an, dass einige Antragsassistenten im Serviceportal des Kreises Warendorf nur schwer oder gar nicht zu finden seien.

Dr. Funke bedankt sich für die Anregungen und Hinweise. Prozessanalysen vor Digitalisierungsmaßnahmen seien seit dem Pilotprojekt der Servicestelle Personal im Jahr 2009 mit der sog. PICTURE-Methode üblich. Ein Mitarbeiter aus dem Bereich Organisation könne in einer kommenden Sitzung mehr zu dem Thema Prozessanalyse und Prozessoptimierung berichten. Die Verwaltung nimmt dieses Thema in den Themenspeicher auf.

Das Thema Sicherheit wird in der Verwaltung sehr sorgsam behandelt. Der IT-Sicherheitsbeauftragte des Kreises Warendorf plant Awareness-Schulungen in der Verwaltung zu intensivieren. Externe Dienstleister sollen die Verwaltung im Bereich Sicherheit überprüfen. Verschiedenste Stellen bieten Informationsveranstaltungen an, wie das Jugendamt. Auch die Polizei klärt über aktuelle Betrugsmaschen im Internet auf. Die Verwaltung müsse prüfen, was sie noch für die Allgemeinheit tun kann.

Beschlussvorschlag: Zur Beratung.

Herr Koch bedankt sich bei allen Mitgliedern des Ausschusses für Digitalisierung und beendet die Sitzung um 16:36 Uhr.

gez.

Karsten Koch
Vorsitz

gez.

Dr. Stefan Funke
Schriftführer